

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1949 1948

97 (28.10.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Verlag: Demokratische Verlagsgesellschaft mbH, Lehr (Baden), Bankkonto: Oberbadische Bank, Filiale Lehr, Postfach 4000 Freiburg, Redaktion: Lehr, Telefon 2305 — Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Postfach, Telefon 2307
Postfach 4000 Karlsruhe 40, Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Gießenberg, Telefon 1391 — Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Freiburg i. Br., Telefon 2345 — Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Lörrach, Telefon 2611 — Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag — Bezugspreis: DM 2,0 einschließlich Trägerfrist, DM 2,0 bei Postbestellung — Gültige Anzeigen- und Preisliste 4 — Telegramm-Adresse: „Neubaden“

NR. 97 / 2. JAHRG.

A 8

DONNERSTAG, DEN 28. OKTOBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

Die Demontage-Denkschrift der deutschen Länder

Keine europäische Gesundung ohne erträglichen Lebensstandard für das deutsche Volk / Industrieniveau der französischen Zone wurde auf 30-40 Prozent der Kapazität von 1936 verringert

Verbrauchssteuersenkung auch in Baden — Bramuglia sucht neue Kompromißformel — Lebensmittelkarten-Diebstahl

Frankfurt. Die von den elf westdeutschen Ministerpräsidenten ausgearbeitete Denkschrift über die Auswirkung der vorgeschlagenen Demontage auf die Wirtschaftslage Deutschlands und seine Stellung im europäischen Wiederaufbau, die jetzt dem ERP-Administrator Paul G. Hoffman anlässlich seines Aufenthaltes in Frankfurt übergeben worden ist, umfaßt achtzehn Seiten und gliedert sich in sieben Hauptabschnitte. In der Einleitung wird zunächst auf die Bedeutung Deutschlands als Lieferant von hochwertigen Industrieprodukten für Europa hingewiesen, die etwa die Hälfte der deutschen Ausfuhr von 1936 ausmachen. Als unerlässliche Voraussetzung für die Wiedergesundung Europas wird eine leistungsfähige deutsche Wirtschaft gefordert.

Der deutsche Standpunkt wird in folgenden drei Empfehlungen zusammengefaßt:

1. Einstellung der Demontage von Werken der Friedensindustrie bis zur Feststellung durch eine gemischte deutsch-alliierte Kommission, welche Industriezweige für den Wiederaufbau Europas und Deutschlands in Frage kommen.

2. Nichtabbau ganzer Werke, vielmehr Lieferung gewisser Kapitalgüter, deren Auswahl nach gemeinsamer Prüfung der deutschen Lieferfähigkeit allein von deutschen Behörden getroffen werden soll.

3. Gemeinsame Ausarbeitung von deutsch-alliierten Kontrollmaßnahmen zur Verhütung der deutschen Wiederaufrüstung.

Industriekapazität irreführend

Die im Industrieplan festgesetzte Industriekapazität, die dem Stand von 1936 entsprechen soll, wird als irreführend bezeichnet, da die den Berechnungen zugrunde gelegte Kapazität sich an den höchsten Ausstoß in Kriegszeiten gehalten habe, während tatsächlich höchstens achtzig bis neunzig Prozent erreicht wurden. Außerdem sei bei den Berechnungen nicht berücksichtigt worden, daß verschiedene Unternehmen zwischen 1935 und 1945 ihren Betrieb einstellen und daß inzwischen wesentliche Preiserhöhungen stattgefunden haben. Auch die Restitutionsleistungen sind nicht berücksichtigt worden.

Die Vorentnahmen und Demontagen in der französischen Zone

Ferner wird in der Denkschrift ausgeführt, daß der wirtschaftliche Zusammenhang

Tübinger Zusammenkunft vertagt

Was sind die Gründe?

Stuttgart. Die Konferenz des Sechser-Ausschusses zur Vorbereitung des Staatsvertrages über den Zusammenschluß der drei südwestdeutschen Länder wurde, wie Dena erfährt, auf unbestimmte Zeit verlagert. Der Sechserausschuß sollte ursprünglich morgen in Tübingen erstmalig zusammentreten.

Zustimmung nur bei Vereinigung aller drei südwestdeutschen Länder

Bonn. Die drei westlichen Militärgouverneure sind, wie Dena von gut informierter Seite erfährt, nur bereit, einer Vereinigung aller drei südwestdeutschen Länder (Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden) zuzustimmen. Eine Zusammenlegung von nur zwei Ländern lehne sie ab.

Rede Georgs VI. im britischen Parlament

Zum ersten Male seit 10 Jahren wieder traditionelle Thronrede

London. Die neue Sitzungsperiode des britischen Parlaments wurde am Dienstag zum ersten Male seit zehn Jahren wieder mit der traditionellen Thronrede des britischen Königs eröffnet. Die Sitzung, die heute beginnt, wird in einer unruhigen Welt eröffnet, die noch unter den Folgen des Krieges leidet und deren Bemühungen für den Wiederaufbau durch das Mißtrauen und die Unstimmigkeiten zwischen den Nationen erschwert werden, erklärte König Georg VI. „Meine Regierung“, fuhr der König fort, „wird weiterhin im Rahmen des Brüsseler Vertrages eng und harmonisch mit den anderen Regierungen zusammenarbeiten, die zu den Unterzeichnern gehören, um den Vereinten Nationen volle Unterstützung zukommen zu lassen.“

In den westlichen Besatzungszonen

in der deutschen Industrie durch die Demontagen in seinem Zusammenstoß gestört wurde. Während in der Orzone wichtige Zulieferbetriebe verloren gingen, sei das Industrieniveau der französischen Zone durch Vorentnahmen und Demontagen auf dreißig bis vierzig Prozent der Kapazität von 1936 verringert worden. Es wird daran erinnert, daß Deutschland eine Beseitigung der Kriegsschäden nur mit einer größeren Industriekapazität durchführen könne.

Demontage wirtschaftlich nicht gerechtfertigt

Der Auffassung, stilllegende deutsche Werke sollten anderen Staaten zur Verfügung gestellt werden, hält die Denkschrift entgegen,

daß die meisten der für die Demontage vorgesehenen Fabriken tatsächlich arbeiten. Die nur fünfzig- bis sechzigprozentige Ausnutzung der Produktionskapazität beruhe auf Kohle-, Strom- oder Rohstoffknappheit. Die Erfahrung habe auch gezeigt, daß der Abbau geschlossener Anlagen immer unrentabel sei, da das Empfängerland im Durchschnitt nur 75 Prozent der Maschinen wirklich verwenden könne.

Die Denkschrift kommt nach diesen Darlegungen zu dem Ergebnis, daß die Demontage wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sei. Sie schließt, indem sie an elf Beispielen mit Hilfe von Diagrammen die Demontageauswirkungen aufzeigt.

Nordatlantik-Verteidigungspakt der Westunion

Werden auch die skandinavischen Länder dem Pakt beitreten?

Paris. Die Außenminister der fünf Westunionsstaaten sind, wie hier offiziell bekanntgegeben wurde, bei ihren Besprechungen grundsätzlich übereingekommen, einen nordatlantischen Verteidigungspakt abzuschließen. Sie haben sich über die nächsten Schritte, die in dieser Richtung unternommen werden sollen, geeinigt. Sie haben, wie es in dem amtlichen Communiqué heißt, vereinbart, einen Sachverständigenausschuß zu bilden, dessen Aufgabe es sein soll, finanzielle und wirtschaftliche Fragen im Zusammenhang mit der Verteidigung Westeuropas zu prüfen.

Die Außenminister beschlossen ferner, ein Fünfrächtekomitee zu ernennen, das Schritte prüfen soll, die geeignet sind, ein größeres Maß von Einheit unter den europäischen Ländern herzustellen.

Diplomatische Kreise in Washington rechnen damit, daß sich die skandinavischen Länder entschließen, einen Nordatlantikpakt beizutreten, da es ihnen nicht möglich sein wird, sich in ausreichendem Maße mit modernen Waffen auszurüsten, wenn sie einem derartigen Pakt nicht angehören.

Südbadens Versorgung mit Hausbrandkohle

Größeres Kontingent als im Vorjahr — Rohbraunkohle und Schlammkohle frei

Freiburg. Wie das badische Ministerium der Wirtschaft und Arbeit bekanntgab, steht für die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Heizkohle im Winter 1948/49 ein größeres Kontingent zur Verfügung als im Vorjahr. Die Zuteilung kann daher eine fühlbare Verbesserung erfahren. Es ist jetzt eine Zuteilung von Heizkohlen an alle Haushalte in den Ortschaften mit 3000 und mehr Einwohnern möglich. Es erhält jeder Haushalt in Orten zwischen 3000 und 5000 Einwohnern 2 Zentner, in den Orten über 5000 Einwohner 4 Zentner und in den Städten Freiburg, Konstanz, Baden-Baden, Lahr, Offenburg, Lörrach, Villingen und Singen außerdem eine zusätzliche Menge, und zwar die Haushalte

mit 2-3 Personen 1 Zentner, die Haushalte mit 4-7 Personen 2 Zentner, die Haushalte mit 8 und mehr Personen 3 Zentner.

Mit dieser Verteilung ist das für Heizzwecke der Zivilbevölkerung zunächst in Aussicht gestellte Kontingent erschöpft. Die Bemühungen um weitere Kontingente werden fortgesetzt, damit der Brennholzmarkt eine weitere Entlastung erfahren kann. Außerdem hat die Bevölkerung die Möglichkeit, Rohbraunkohle, die seit diesem Sommer nicht mehr zwangsabgewirtschaftet ist, bei den Kohlenhändlern zusätzlich frei zu kaufen. Auch bietet der Kohlenhandel Schlammkohle zum Strecken der anderen Brennstoffe an.

„Säuberung“ der Ostzonenpolizei

Ist Markgraf in Ungnade gefallen? — Keine Aufhebung der Abriegelung Westberlins
Zonengrenzpolizei verstärkt

Berlin. Mit der Übernahme der Ostsektorenpolizeiführung durch die zentrale Polizeileitung der Ostzone ist Mitte Dezember zu rechnen, sofern nicht neue SMV-Anweisungen ergehen, erfährt Dena aus informierten Kreisen der Ostzonenverwaltung. Nach diesen Informationen steht jedoch noch nicht endgültig fest, wer die zentrale Leitung der Ostzonenpolizei übernehmen soll.

Markgraf soll, da er die SED-Linie nicht aus Überzeugung vertritt und von der SMV wie alle anderen Angehörigen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und der Seyd-

litzpolizei immer noch als Gefangener der Sowjetunion betrachtet wird, in die Ostzone abgeschoben und dort eventuell als militärischer Ratgeber verwandt werden. Die SMV stehe den deutschen Militärs in der Polizeileitung mißtrauisch gegenüber. Auch General von Seydlitz soll jetzt ständig überwacht und nach vollzogener Reformierung der Ostzonenpolizei ebenfalls „kaltgestellt“ werden.

Mit einer Aufhebung der seit dem 18. Oktober begonnenen vollständigen Abriegelung Westberlins ist nach Mitteilung von Dienststellen der Markgrafpolizei in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Die Postketten an der Zonengrenze sind durch größere Einheiten der Ostzonenpolizei verstärkt wurden. Die Markgrafpolizei ist damit beschäftigt, ihre ständigen Kontrollpunkte winterfest zu machen. Durch einen sowjetischen Befehl ist es der Bevölkerung der Ostzone und des Ostsektors verboten, irgendwelches Eigentum ohne die Genehmigung der sowjetischen Kommandantur in die Westsektoren zu befördern.

Neue Verkehrsbeschränkungen

Sowjets veranlassen Schienen-Demontage

Berlin. Auf Befehl der sowjetischen Kommandantur wurden auf der Eisenbahnstrecke Neukölln-Mittenwalde, die die Sowjetzone mit dem amerikanischen Sektor verbindet, Schienen herausgerissen und so die Bahnlinie blockiert. Weiter sind, wie Dena erfährt, Bautrupps des Eisenbahnbetriebsamtes damit beschäftigt, den Schienenstrang zwischen Schönefeld (Sowjetzone) und der Berliner Stadtgrenze zu demontieren.

Liberaler Sozialreform

Von Dr. Hermann Schäfer

Voraussetzung aller Sozialpolitik ist eine ertragreiche Wirtschaft. Alle noch so schönen Pläne zur Verbesserung der Lebenshaltung und zur Erhaltung des Lebensstandes aller sind trügerisch ohne die Produktivität der Wirtschaft.

Dienjüngige Form der Betriebswirtschaft stellt die höchste Form des sozialen Fortschritts dar, welche die größte Erzielbarkeit der Arbeitsleistung bei der Fertigung von Verbrauchsgütern ermöglicht. Auch in der Vergangenheit gelangen soziale Errungenschaften nur durch die Vergrößerung des Sozialprodukts. Die schöpferische Ausweitung der Produktivität ist am größten, wo die vom persönlichen Erfolgstreben angelebene freie Selbstverantwortlichkeit, Entscheidungsfähigkeit und Wagnisbereitschaft jedes einzelnen sich entfaltet.

Die Heillehre von der sogenannten Gemeinwirtschaft beseitigt oder bedroht die Menschenrechte. Gewiß, der Sozialismus hat das ursprünglich nicht beabsichtigt, seine antreibende und anregende Wirkung in der Arbeiterbewegung in der Vergangenheit soll daher auch nicht bestritten werden. Aber heute stehen die Werkstätten vor der Erfahrung, daß der Vormarsch der sozialistischen Wirtschaftsmacht des Staates endet in gewaltigen Behördenzentralen von öffentlichen Monopolverwaltungen und in steigender Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten von bürokratischer Bevormundung. Der Staatssozialismus — in ost- oder westeuropäischer Prägung — hat überall die Arbeitsfreiheit eingeengt, ohne im Ganzen den Lebensstandard zu erhöhen oder zu sichern.

Die Entproletarisierung der Besitzlosen muß daher nicht nur formell anerkannt, sondern praktisch verwirklicht werden. Oberstes Gesetz einer freiheitlichen Lebensordnung ist:

1. das Recht auf geistige Bildung für alle,

2. das Recht auf Besitzbildung für alle. Dazu gehört soziale Sicherheit durch Vorsorge gegen Wechselfälle des Lebens, insbesondere die Folgen von Krankheit, Berufsunfähigkeit, Erwerbslosigkeit oder sonstige unverschuldete Not.

Staatseinrichtungen sind dem Wechsel der politischen Machtverhältnisse zwischen den Staaten und dem Wandel der vorherrschenden Richtung innerhalb des Staates unterworfen. Nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialpolitik in Deutschland und in den westeuropäischen Staaten mehr und mehr die Form eines volkserfahrenen Behördenwesens angenommen hat. Der deutsche Arbeitnehmer ist in eine wachsende Wehrlosigkeit gegenüber dem Schema behördlicher Anordnungs- und Entscheidungsbefugnisse geraten.

Entstaatlichung der sozialpolitischen Einrichtungen bedeutet zugleich Erhöhung ihrer Anpassungsfähigkeit an den individuellen Versorgungsbedarf. Besser als ein zentraler Behördenapparat paßt eine aufgelockerte Selbstverwaltung der beteiligten Berufsgruppen und Volksschichten sich den wechselnden und verschiedenartigen Versorgungsbedürfnissen der beteiligten Volksschichten an. Die Einrichtungen der genossenschaftlichen Selbsthilfe verdienen in diesem Zusammenhang eine Vorrangstellung gegenüber behördlichen Verwaltungsmonopolen. Staatsmittel werden notwendig werden als Kriegsschadenersatz für die Rentenleistungen, welche die Invaliden- und Angestelltenversicherung bei ordnungsgemäßer Weiterführung ihrer Geschäfte hätten entrichten müssen. Der Aufbau einer neuen Rentenversicherung ist darüber hinaus Einrichtungen der genossenschaftlichen Selbsthilfe auf berufständischer Grundlage zu übertragen. In der Krankenversicherung verdienen die Leistungs-genossenschaften, wie sie in den Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen und Ersatzkrankenkassen sich seit 100 Jahren bewährt haben, erhöhte Beachtung. Gerade in der Krankenversicherung hängt das günstige Verhältnis von Beitrag zur Leistung ab von dem möglichst engen Verhältnis der Versicherten. Die Versuche, eine sogenannte Verstaatlichung der Sozialversicherung in Form von riesenhaften Monopolverwaltungen anzustreben, verdienen schärfste Zurückweisung. Sie binden den arbeitenden Men-

schon von der Wiege bis zur Bahre an einen Verwaltungsapparat, der nur durch schematische Leistungsformen überhaupt funktionsfähig ist.

Löhne, Preise und öffentliche Lasten müssen die anspornende Erwartung eines persönlichen Leistungserfolges erhöhen. Der Anteil des einzelnen am Ertrag der Volkswirtschaft muß so bemessen sein, daß möglichst viele in werktätiger Selbstverwaltung ein von öffentlicher oder privater Fürsorge unabhängiges Eigenleben für sich und ihre Familie wieder erarbeiten können.

Nur die nach Anlage und Neigung frei gewählte Arbeit sichert den sozialen Frieden, weil sie den Einklang von Leben und Beruf ermöglicht. Berufsbildung, Berufsausbildung, Stellenvermittlung und Umschulung sind damit ausschlaggebend, wenn man die zur den verschiedenartigen Kriegsdiensten, mit oder ohne Körperschäden entlassenen Jahrgänge männlichen und weiblichen Berufswuchses in das Arbeitsleben der werdenden deutschen Demokratie einfügen will.

Das Einflußstreben feudaler Ueberheblichkeit ist nie wieder zu dulden. Um Spannungen auszugleichen und Leistungen zu steigern, bedarf es auch in den Betrieben demokratischer Umgangsformen. Von dem Verantwortungsbewußtsein der Betriebsvertretungen und ihrem Verständnis für die Erfordernisse der Betriebsposition hängt es ab, ob in Deutschland freie Arbeitnehmer im beruflichen Leben auf sich selbst gestellt schaffen oder staatliche Zwangsverwalter über Industrieklaven herrschen werden.

Weder Wohlwollen noch Machtgelüste, sondern Rechte sind die Grundlage der Arbeitswürde.

Gleichberechtigtes Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in wirtschaftsständischen Vertretungen dient der Vermenschlichung der Wirtschaftsformen, ebenso wie ein Arbeitsvertragsrecht, das zu einem demokratischen Dienstethos verpflichtet. Gegen Staatsallmacht schützt allein Gewaltenteilung.

Einstellung des Strafverfahrens gegen WAKO

Freiburg. In der Untersuchung gegen die WAKO, Baden-Baden, ist von der Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens vorgeschlagen worden, da sich kein Anhaltspunkt für eine strafbare Handlung ergeben hat. Damit dürfte ein Verleumdungskandal höchster Sorte zusammengebrochen sein.

Stromverbrauchs-Einschränkungen

ab 1. November in der französischen Zone
Baden-Baden. Auf Grund der Wasserkraftreserven ist es möglich, die Stromverbrauchsbeschränkungen in der französischen Zone, die im vergangenen Jahre am 1. September durchgeführt werden mußten, in die-

Tabak, Branntwein und Bier werden billiger

Die Senkung der Verbrauchssteuern in der französischen Zone

Baden-Baden. In dem sechsten erschienenen Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland ist die angekündigte Verordnung (Nr. 183) des französischen Oberkommandos über die Aenderung der Gesetzgebung auf dem Gebiete der Verbrauchssteuern enthalten.

Nach dieser Verordnung, die am 18. Oktober 1948 von General Koenig unterzeichnet worden ist, ist jedes der drei Länder der französischen Zone berechtigt, im Rahmen der Verordnung vom 9. Juni 1947 über die

sem Jahre erst am 1. November anzuführen. Die Bestimmungen über die Stromzubereitungen werden demnächst im Amtsblatt veröffentlicht werden. Die Einschränkungen werden sich hauptsächlich auf die in starkem Maße am Stromverbrauch beteiligten Industrien erstrecken.

Oktober-Lebensmittelkarten aufheben!

Freiburg. Das Badische Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung läßt allen Ernährungsämtern und Kartenstellen mitteilen, daß die Ausgabe der Lebensmittelkarten und Zusatzkarten für den Monat November vorerst noch nicht erfolgen darf. Es wird den Verbrauchern geraten, die Lebensmittel- und Zusatzkarten für den Monat Oktober bis auf weiteres aufzubewahren, da die ersten Lebensmittelaufrufe voraussichtlich auf noch verfügbare Abschnitte der Oktober-Lebensmittelkarte, einschli. der Schwerarbeiterkarten erfolgen werden. Weitere Weisungen wegen des Bezuges der Lebensmittelkarten für den Monat November werden demnächst herausgegeben werden. Durch den Diebstahl einer größeren Menge Lebensmittelkarten in Stockach wurde diese Anordnung erforderlich.



Schuß ins Zentrum

„Sie kennen die Partei...“ stellt ein Flugblatt der Christlich-Demokratischen Union fest, das die Lörracher Kreisgruppe unlängst unter die Wähler warf. Das war einmal ein Schuß ins Zentrum. Ja, die Wähler kennen diese Partei, von der ein so angelegenes Blatt wie die „New York Herald Tribune“ schrieb: „So eindrucksvoll die Stärke der CDU auf dem Papier auch sein mag, so hat sie dennoch schwache Stellen, was zu der Frage Anlaß gibt, ob diese Partei tatsächlich die Wechselfälle des politischen Tageskampfes ohne Schaden überstehen kann.“

Auch das Flugblatt „An alle Wähler in der Gemeinde!“ scheint sich dieser schwachen Stellen bewußt zu sein. „Vielleicht sagt Ihnen eher darauf — nämlich auf die Behauptung, die CDU sei der Zusammenschluß von evangelischen und katholischen Christen — „nein, das sind die Schwarzen!“ Um dies zu entkräften, serviert der Aufruf eine Nationalisten evangelischer Christen, so daß der katholische Bevölkerungsteil, soweit er bisher seine politische Heimat in der CDU wählte, sich eigentlich überlegen müßte, ob er sich nicht zur Emigration in andere Parteien gezwungen sieht.

Merkwürdig ist auf alle Fälle, wie empfindlich man in CDU-Kreisen auf einmal in der Vaterschaftsfrage geworden ist. Will man am Ende auch das „Katholische Kirchenblatt für die Erzdiözese Freiburg“ Lügen strafen, das in seiner Ausgabe vom 19. Mai 1946 schrieb: „Als nach dem Zusammenbruch die alten Zentrumsanhänger sich suchten und fanden, schauten sie nach den evangelischen Mitchristen aus, ob nicht auch sie sich politisch als Christen verantwortlich fühlend sammeln und Schulter an Schulter mit dem alten Zentrum einen gemeinsamen Weg politischer Arbeit zu finden suchen würden.“ Das Zentrum in Baden hatte ja einige Übung in Sachen „Reklameprotestanten“ und schickte den alten, mitunter etwas schrulligen Konservativen Adam Roeder auf Zentrumsrücken in den Reichstag. Es ist ein bewußt unehrliches Unterfangen, wenn die CDU für sich in Anspruch nehmen will, die Partei der Christen zu sein. In den anderen Parteien sind nicht weniger überzeugte und kirchentreue Christen, nur daß diese eine heilige Scheu empfinden, die Kirche in die Nähe der Politik zu rücken, damit erstere nicht mit menschlichen Unvollkommenheiten und Fehlern einer Partei belastet werde. Wird diese unsere Auffassung nicht erheitert durch den Hinweis des CDU-Aufrufes auf den „sittlichen Verfall im eigenen Lande“, im Lande des Herrn Wohlbund und der Schutzherrschafft der „allerchristlichsten“, für das Land alleinverantwortlichen CDU? Da muß doch in diesem Lande und in dieser Partei etwas nicht stimmen!

Sieht sich so die CDU zum öffentlichen Eingeständnis ihres Schiffsbruchs im Kampfe gegen den sittlichen Verfall gezwungen, so hält sie sich auf der anderen Seite mit der recht marktschreierischen Anpreisung ihrer „Erfolge“ schadlos. Die Ernährungslage, heißt es in dem Wahlflugblatt, habe sich seit einem Jahr, „in dem die CDU in Baden die Alleinverantwortung trägt“, wesentlich gebessert. Von den Hausfrauen hat sie sich bei Niederschrift dieser Behauptung bestimmt nicht beraten lassen, denn diese machen sich gerade jetzt ihre ganz eigenen Gedanken über die „Ernährungserfolge“. Wenn die CDU schon so alleinverantwortungsfreudig ist, dann muß sie sich auch an den Schilfbürgerstreich der importierten Oldenburger Kartoffeln erinnern lassen, von denen ganz Eisenbahnzüge voll verfaulten, so daß nicht einmal die Landwirte sie geschenkt für ihre Schweine abgenommen haben. Und was die Einstellung der Entscheidungen betrifft, so ist diese Erleichterung in allen Ländern der französischen Besatzungszone eingetreten, in Baden aber zuletzt. Welche Bewandnis gar es mit der vielgerühmten „Reise Wohlbund nach Paris“ und seinen „beruhigenden Zusicherungen“ in der Kehler Frage hatte, dürfte sich inzwischen auch in der Dreiländerzone besprochen haben.

Worauf die CDU-Regierungspartei mit ihrem Aufruf hinaus will, ist etwas ganz anderes: sie will die braven Wähler richtiggehend hineinlegen und dem Landeswahlgesetz ein Schnippen schlagen. In Paragraph 38 der Vollzugsordnung zu diesem Gesetz heißt es, daß neben den politischen Parteien auch Wählergruppen eine Wahlvorschlagsliste einreichen können, wenn diese von mindestens 10 Prozent der Wahlberechtigten unterzeichnet ist. Was sagt aber der CDU-Wahlaufruf? „Stellt eigene Kandidatenlisten zur Gemeinderatswahl auf. Wenn ein paar Männer und Frauen sich in diesem Sinne zusammenschließen, dann genügt es, wenn einer von ihnen als Vertrauensmann von der Kreisgruppe der CDU bestätigt ist. Es ist also nicht notwendig, daß Sie 10 Prozent der Wahlberechtigten unterschreiben lassen.“ Die Reingefallenen zählen also für die CDU nur als Stimmvieh, damit sie mit den so gewonnenen Stimmen ihren „Wahl-erfolg“ bestreiten kann.

DAS NEUE BADEN

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Adam
A. Jhr. der Redakt.: Lahr/Schw., Postf. 279. Tel. 283.
Verlag: Demokratische Verlagsanstalt, Lahr/Schw.,
Druck: Moritz Schauberg, Lahr/Schw. K. & H.
Gieseler, Badstätt (Baden). — Südwestdruck K.-G.,
Lörrach. — A. Reiff & Cie., Ottenburg (Baden).

Junge Generation für Südweststaat

Jung-Demokraten, Jungsozialisten und Junge Union gründen Arbeitsgemeinschaft

Freiburg. Die junge Generation der drei demokratischen Parteien in Südbaden hat beschlossen, die Idee der Neuordnung der staatlichen Grenzen in Südwestdeutschland gemeinsam zu vertreten. In einer in Freiburg gefalteten Entschließung heißt es hierzu: Von dem Willen beseelt, inmitten einer Zeit des parteipolitischen Kampfes den Beweis zu erbringen, daß in Fragen von grundlegender Bedeutung die Unterschiede der parteigebundenen Anschauungen in der jungen Generation zurückgestellt werden, um dem großen Ziel der Verbesserung der deutschen Lebensform zu dienen, haben sich Angehörige der Jugendgruppen der drei demokratischen Parteien in Südbaden zusammengefunden. Sie halten eine Neuordnung der staatlichen Grenzen in Südwestdeutschland aus kulturellen, wirtschaftlichen und politi-

schen Gründen für notwendig und haben die Absicht, diese Notwendigkeit in der Öffentlichkeit zu vertreten. Ohne in die gegenseitige Auseinandersetzung der politischen Parteien in irgendeiner Weise eingreifen zu wollen, sogar ohne sich gegenseitig in der Form des politischen Kampfes gegeneinander zu binden, wollen sie ihre gemeinsamen Interessen auf Herbeiführung eines neuen, aus Gesamtbaden, Hohenzollern und Württemberg zusammenschlossenen südwestdeutschen Staates einstimmig vertreten. Zu diesem Zweck wird eine Arbeitsgemeinschaft zum Studium der südwestdeutschen Frage errichtet. Diese Arbeitsgemeinschaft wird Versammlungen in allen Teilen Badens abhalten und je einen Vertreter der Jungdemokraten, der Jungen Union und der Jungen Demokraten als Referenten stellen.

Berliner Frage kommt vor Vollversammlung

Keine Entscheidung des Sicherheitsrates — Sowjetisches Veto

Paris. Der sowjetische Delegierte Wysschinski erklärte in der Montagssitzung des Welt-Sicherheitsrates vor der Abstimmung über die Resolution der „Neutrals“, er könne die Resolution in der augenblicklichen Form nicht annehmen. Die sowjetische Argumentierung, die von Wysschinski mit ungeheurer Heftigkeit vorgetragen wurde, drehte sich einzig und allein um den einen Punkt der Gleichzeitigkeit, das heißt, Einführung der Ostmark in Berlin zusammen mit der Aufhebung der bestehenden Verkehrsbeschränkungen.

In der Resolution war vorgesehen, daß zuerst die Einschränkungen aufgehoben werden sollen und dann die Militärgouverneure die Einführung der Ostmark als alleinige Währung in Berlin erklären. Wysschinski wies in seiner ausführlichen Rede darauf hin, daß die Direktive vom 30. August die Gleichzeitigkeit beider Maßnahmen vorsah und er die ihm vorgelegte Resolution als eine Verletzung der Direktive betrachte und sie daher nicht annehmen könne. Er sei nach einem langen und ausführlichen Studium der Resolution zu der Überzeugung gelangt, daß er zwar der Aufhebung der Einschränkungen zustimmen könne, eine später erfolgende Erörterung der Berliner Frage jedoch ablehnen müsse.

Die drei Vertreter der Westmächte hatten sich zu Beginn der Sitzung mit dem Inhalt der Resolution einverstanden erklärt. Der französische Delegierte Parodi betonte, daß seine Delegation zwar mit einzelnen Punkten nicht ganz einverstanden sei, aber dennoch die ganze Resolution billigen werde. Er forderte Wysschinski auf, denselben guten Willen zu beweisen. Während aus der Rede Parodi noch ein gewisser Optimismus klang, wurde diese letzte Hoffnung durch die Einführung des Sowjetdelegierten vernichtet. Sir Alexander Cadogan für Großbritannien und Dr. Jessup für die Vereinigten Staaten sprachen sich in ähnlichen Worten für den Vorschlag der neutralen Staaten aus.

Nachdem der Sicherheitsrat nun in der Berliner Frage keine Entscheidung fällen konnte, kann der gesamte Komplex der Vollversammlung vorgelegt werden, die ihrerseits Empfehlungen geben kann. Sie kann jedoch nicht die Durchführung dieser Empfehlungen verlangen oder gar erzwingen, so daß die Sowjetunion nicht verpflichtet ist, den Empfehlungen der Vollversammlung Folge zu leisten. Das Berliner Problem steht nach dem die Sowjetunion gegen die von den sechs neutralen Mächten vorgelegte Resolu-

tion ihr Veto eingelegt hat, jetzt auf demselben Punkt wie zu Beginn der Debatte. Der argentinische Außenminister Dr. Bramuglia, der während der Berlin-Debatte des Sicherheitsrates den Vorsitz führte, wird nach Ansicht diplomatischer Kreise seine Bemühungen fortsetzen, um eine andere Kompromißlösung der Berliner Streitfrage — möglicherweise außerhalb der Vereinten Nationen — zu finden.

Seydlitz-General geflüchtet

Berlin. Der britisch lizenzierte Berliner „Telegraf“ berichtet am Dienstag in großer Aufmachung über die Flucht eines ehemaligen deutschen Generals aus dem Stabe von Seydlitz nach Westdeutschland. Dieser General, dessen Name aus begrifflichen Gründen vorerst noch geheimgehalten werde, soll erst vor zwei Tagen aus der Sowjetzone in Berlin eingetroffen sein. Zwei weitere ehemalige hohe deutsche Offiziere, die in ähnlicher Mission wie der geflüchtete General in der Ostzone und Berlin unterwegs waren, befinden sich nach dem „Telegraf“ gleichfalls auf dem Wege nach dem Westen.

Zeitgeschehen - kurz berichtet

Dr. Dehler wiedergewählt. Der bisherige Landesvorsitzende der FDP Bayerns, Thomas Dehler, wurde vom Parteitag wiedergewählt; auch der zweite Landesvorsitzende, Fritz Linnerl, erhielt bei der Abstimmung Stimmenmehrheit.

Friedensbund darf keine Vorlesungen mehr halten. Die Zentralverwaltung für Volksbildung hat als Aufsichtsbehörde der Humboldt-Universität dem amtierenden Oberbürgermeister Berlins, Dr. Ferdinand Friedensburg, die Genehmigung zu Vorlesungen entzogen.

Reparationsansprüche des Saargebietes. Das Saargebiet hat jetzt nach Holland und Belgien ebenfalls Ansprüche auf Grenzberichtigungen gegenüber Deutschland bei der Internationalen Reparations-Kommission angemeldet. Im Organ der Saarbrücker Regierung werden die Gebietsforderungen als zwar geringfügig, jedoch unbedingt notwendig bezeichnet.

Maßnahmen gegen die Schweizer Zeitung „Neue Politik“. Der britische Gouverneur von Nordrhein-Westfalen, General Bishop, verbietet die Einfuhr der in Zürich erscheinenden Schweizer Zeitschrift „Neue Politik“. In einem vom britischen Gouverneur hierzu verbreiteten Aufruf heißt es, daß jedermann, der diese Zeitschrift in Nordrhein-Westfalen verteilt oder auch nur besitzt, mit Gefängnis bestraft wird.

Wallace will Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei mit Besetzung Deutschlands betrauen. Der Präsidentschaftskandidat der dritten Partei, Henry Wallace, machte in einer Rede den Vorschlag, die UdSSR, die Vereinigten Staaten und Großbritannien sollten Deutschland sofort räumen und Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei sowie die Benelux-Staaten, die vor ihrem ehemaligen Feind wirklich Furcht haben“, mit der Besetzung betrauen.

DER HEIMATSPIEGEL

Gehe ich zu Wahlversammlungen?

Diese Frage wird sich mancher in Stadt und Land in der nächsten Zeit stellen — und von einem Großteil der Bevölkerung wird diese Frage mit einem glatten „Nein“ beantwortet.

Manch einer sagt vielleicht: „Was soll ich zu Wahlversammlungen gehen; die verschiedenen Parteien versprechen doch alle das gleiche, und keine ist in der Lage, diese Versprechungen einzulösen.“ Hier liegt der wahre Stein des Anstoßes, aber niemand gibt sich die Mühe, diesen auf die Seite zu räumen, sondern alle machen einen großen Bogen darum oder geben behutsam darüber hinweg.

Wir Demokraten stehen auf dem Standpunkt, daß dem deutschen Volke nun genug Zeit gegeben wurde, sich von der politischen Schockwirkung der vergangenen Jahre und des vergangenen Krieges zu erholen und daß jetzt der Augenblick gekommen ist, zu zeigen, daß wir einen gewissen Grad an politischer Reife erlangt haben. Es ist nötig, denjenigen in- und ausländischen Politikern, die das deutsche Volk als politisch unfähig bezeich-

Reinert! Fliegergeschädigte! Invaliden! Die DP setzt sich in S. en und Gemeindefür ihre Interessen ein! Denkt daran und wählt demokratische Stadt- und Gemeinderäte!

nen, zu beweisen, daß dies heute nicht mehr der Fall ist! Dies kann nur geschehen, wenn wir lebendigen Anteil am politischen Geschehen nehmen!

Wir wollen aber nicht nur eine, sondern möglichst mehrere Wahlversammlungen der verschiedenen Parteien besuchen, denn dadurch erst wird es uns möglich, ein bestimmtes Urteil über deren Haltung und Ziele zu fassen. Wir geben Ihnen heute den Rat: Lassen Sie sich nicht durch wohlklingende Versprechungen oder gar durch einen wohlklingenden Parteinamen beeinflussen, dies entspricht in keiner Weise der Einstellung eines wahrhaft demokratisch Gesinnten. Halten Sie es z. B. für richtig, mit dem Begriff „christlich“ als Teil einer Parteibezeichnung hantieren zu gehen? Denn welcher gut religiöse Wähler möchte als „Nichtchristlicher“ gelten, obwohl auch in den Reihen der anderen Parteien gute und aufrichtige Christen sind! — Oder ist es nicht lächerlich, den Arbeitern den Himmel auf Erden zu versprechen, obwohl viele dieser Arbeiter diesen „ästlichen Himmel“ selbst zur Genüge kennen lernen!

Darum gehen Sie ruhig zu Wahlversammlungen und bilden Sie sich ein freies Urteil! Lassen Sie dieses Urteil bei den kommenden Wahlen sprechen! W. E.

Ausstellung „Die Welt des Kindes“

Der Märchenonkel Karl Kämpf vom südwestdeutschen Rundfunk hat es sich nicht nehmen lassen, am Sonntagnachmittag in Freiburg zur Eröffnung der Ausstellung der Bastelarbeiten seiner zahlreichen jugendlichen Hörer groß und klein selbst einzuladen und durch die Räume im Haus Stadelmann zu führen. Auf eng gedrängtem Raum hat er 2000 Kinderarbeiten der bisherigen Baden-Badener Ausstellung zusammengestellt, ohne den Wanderschmuck, die zahlreichen Kinderzeichnungen und handgezeichneten Märchenfiguren zu rechnen. Dem Südwestfunk gebührt besonderer Dank dafür, daß er in einer Zeit, in der die Verklammerung und Verdünnung der menschlichen Seele überhand nahm, die schöpferischen Kräfte des Kindes zu wecken und den nötigen Sonnenschein in das kindliche Gemüt leuchten ließ. So besitzen diese zarten Scherenschnitte hochgebaltener Zehnjähriger, diese lustigen Strohhalm- und Wollpöppchen, Dörfer und Kasperltheater einen besonderen zeitlichen Wert. Vielfach sind sie aus einem Nichts an Material entstanden. Nicht nur den Kindern, auch Eltern, Lehrern und Erziehern wird diese Ausstellung eine wertvolle Anregung geben. H. G.

Freiburger Erstaufführung

Nico Dostal: „Monika“

Die von früher her beliebte Operette lockte auch diesmal wieder ein zahlreiches und beifallsreiches Publikum an. Der Textdichter Hermann Hornöcke hat sich zwar die in der neueren Operette gangbare und bewährte Mischung von Sentimentalität und dorber Komik nutzbar gemacht, aber doch ein geschicktes Libretto geschaffen, das dem Komponisten Möglichkeiten bietet und das sich insofern wiederholt von vielen anderen Operettenlibretti unterscheidet, als es den 3. Akt nicht allzu leicht ablassen läßt. Der begabte Komponist Nico Dostal fühlte sich im Glottstaler Nilien nicht in seinem Element; der 1. Akt ist darum musikalisch ganz unergiebig, nicht einmal die Instrumentation erhebt sich über alltägliche Klischees. Besser ist es in den folgenden Akten um die musikalischen Werte bestellt; die freilich nirgends eigentlich original, aber z. T. recht ansprechend sind und, wie in dem bereits populär gewordenen Heimwehlied leicht Eingänglichkeit mit Niveau-Wahrung verbinden. Mit rassischer Tonsprache und apter Instrumentierung läßt sich der echte Dostal vornehmen in der Ballettmusik zu Anfang des 3. Aufzugs.

Lohnzahlung an Allerheiligen

Freiburg. Im Hinblick auf Allerheiligen (1. Nov.), ein Feiertag, das dieses Jahr auf einen Montag fällt, herrscht in Gewerkschafts- und Unternehmerkreisen Unklarheit über die Pflicht zur Zahlung von Löhnen an diesem und an anderen Feiertagen. In diesem Zusammenhang ist besonders die Frage nach dem Feiertagsgesetz aufgetaucht, das vom südbadischen Landtag bereits vor einigen Monaten verabschiedet wurde und nach dem sich die Lohnzahlungen richten sollen. Im Gegensatz zu der früheren Regelung schließt dieses Feiertagsgesetz Allerheiligen in die gesetzlichen Feiertage mit Lohnzahlungspflicht ein, wie überhaupt die Zahl der gesetzlichen Feiertage durch dieses Gesetz von früher 7 auf 14 erhöht wird.

Auf Rückfrage bei der Direktion Arbeit im südbadischen Wirtschafts- und Arbeitsministerium wird darauf hingewiesen, daß das vom Landtag verabschiedete Feiertagsgesetz aus unbekanntem Gründen bisher noch nicht verkündet und damit auch nicht rechtswirksam geworden sei. Sofern es nicht vor dem 1. November im badischen Gesetz- und Verordnungsblatt erscheint, besteht eine gesetzliche Lohnzahlungspflicht an Allerheiligentag nicht. Da jedoch Allerheiligen in Baden traditionsgemäß als hoher Feiertag angesehen wird, hat nach der bisherigen Praxis die Mehrzahl der Betriebe den Feiertagslohn gezahlt, ohne hierzu gesetzlich verpflichtet zu sein. Zur Bestätigung der Ungewißheit, die in dieser Frage allgemein herrscht, würden es jedoch Gewerkschaften und Arbeitgeber beschränken, wenn das Feiertagsgesetz verkündet und damit in Kraft gesetzt würde.

Welterspartag — Trauertag für die deutschen Sparler

Das Jahr der Währungsreform hat für die deutschen Sparler einen zweiten schwarzen Tag gebracht. Nachdem schon die Reform selbst die Sachverwalter bis heute einseitig begünstigt hat, und die Anrechnung der

Kopfquote mehr als 15 Millionen kleine Sparkonten vollständig auslöscht, ist nun durch die Entscheidung der Militärregierungen dem Rest unserer Sparler ebenso wie den Einlegern bei den übrigen öffentlich-rechtlichen und privaten Kreditinstituten nicht einmal der Betrag von 10 % der Rest-Anguthaben belassen worden. Dies verletzt das Rechtsgefühl der Einleger, die nach dem Wortlaut der Währungsgesetze einen Rechtsanspruch auf die Festquote besitzen.

Nunmehr bleiben nach Anrechnung der Kopfquote und Streichung von fast 2/3 der Festkonten für die große Masse der Sparler nur rund 3% der Reichsmark einlage übrig. Keine deutsche Stelle scheint in der Lage zu sein, diese verhängnisvolle Maßnahme rückgängig zu machen. Wir fordern, daß im Lastenausgleich diese neue einseitige Schädigung des kleinen Mannes auszugleichen versucht

Alle Nationen, auch solche, die ihren Sparern im Gefolge des Krieges schwere Verluste zumuten mußten, begreifen in diesen Tagen den Welterspartag in der Einsicht, daß jeder neue Spargroschen die Völker einen Schritt weiter bringt auf dem Wege wirtschaftlicher Gesundung. Für den deutschen Sparler ist in diesem Jahr der Welterspartag ein Trauertag.

Theaternachrichten

Heute wird im Casino die Operette „Die Dubarry“ von Millöcker-Machberg für die 3. Donnerstag-Miete A aufgeführt. In der für Freitag vorgesehenen „Monika“-Wiederholung singt Annemarie Leber erstmals die Titelpartie. Die übrige Besetzung bleibt die der erfolgreichen Premiere. Am gleichen Tag findet im Kammertheater die 28. Aufführung von Carl Zuckmayers Schauspiel „Des Teufels General“ statt. Das Schauspiel bereitet für Samstag im Kammertheater eine Neuinszenierung von Calderons „Richter von Zalamea“ vor. Titelrolle: Franz Everth, Regie: Willy Grub, Bühnenbild: Friedhelm Strenger.

Bunte Chronik aus Neustadt

fallenen Bäume müssen bis spätestens 31. Oktober entfernt sein.

Grafenhausen (Kreis Neustadt). Der Musikverein Grafenhausen veranstaltete am Kirchweihmontag ein Straßenrennen für die Jugend mit Handwagen und meist selbst konstruierten Kleinernwagen durch den Ort. Für alle Teilnehmer waren Preise ausgesetzt, die größtenteils von hiesigen Geschäftsleuten gestiftet wurden.

Freiheitsstrafe für Denunziation

In der vergangenen Woche hatte sich der aus Köln gebürtige Gerhart vor dem Freiburger Schwurgericht wegen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu verantworten. Der Angeklagte soll im Jahre 1942 beim SD gegen die Eheleute Stark Anzeige wegen Abhörens ausländischer Sender und Verbreitung der erhaltenen Nachrichten erstattet haben.

Die Verhandlung gewährte den zahlreichen Zuhörern einen Einblick in die vergiftete Atmosphäre gegenseitiger Mißgunst, Verleumdungen und Feindseligkeiten innerhalb des Bekanntenkreises Gerbarts. Veranlaßt durch geringfügige Zwistigkeiten, war es schließlich von beiden Seiten zu einer Serie von Anzeigen gekommen, deren vorläufiges Ende die niederträchtige Angabe beim SD war, die Eheleute Stark würden damals von einem Sondergericht zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt.

In der jetzigen Verhandlung bestritt der Angeklagte Gerhart energisch, Urheber der folgenschweren Anzeige gewesen zu sein. Dank der Methoden des SD, Denunzianten zu decken, konnte ein eindeutiger Beweis für seine Täterschaft auch heute nicht erbracht werden. Unter Hinweis auf das belastende Akten- und Indizienmaterial beantragte der Staatsanwalt dessen ungeachtet zweieinhalb Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilte Gerhart schließlich unter Zubilligung mildernder Umstände wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu 1 1/2 Jahren Gefängnis, ft.

Stärke liegt im Gesangslichen; seine stimmlichen Qualitäten und sein gesangstechnisches Können weiß er vorteilhaft einzusetzen; nur muß er vor der sängerischen Unart des gelegentlichen Hinauflebens der Töne eindringlich gewarnt werden. Mit sanguinisch drastischem Humor stattete Werner Schnicke den Sonnenwirt aus. In stiller, warmerherziger Menschlichkeit gab Fritz Eberle den Onkel Gollinger, Gerti Valentin als Vera und Josef Rees als Schullehrer erweckten beide anfänglich keine besonderen Hoffnungen, zogen aber in ihrer Szene (2. Akt) überraschend aus sich heraus und erboben ihr farnozes Tanz-Duett zu einer der stärksten Erfolgsummern des Abends. Gut machte ihre Sache Trudl Pawlowsky als Mariele, Wally Hellwig befehdigte als Frau Clementine, ebenso Walter Hübner als Gundelach, Klara Molitor gestaltete als Otilie ihren Abgang um einige Grad zu „massiv“ im Ton, wenn man nicht annehmen will, daß es sich um eine „neureiche“ Kommerziantin handelt. Anfängerhaft matt blieb Erwin Rausch in der Nebenrolle des Fritz Kröger, Eugen Winterschladen und H. Simmler hätten ihre immerhin dankbaren Rollen als Kommerzianten bzw. Diener wirksamer konturieren dürfen. Schließlich sei noch gedacht der Magd Else Wiegands, Josef

Was bietet Freiburg?

Donnerstag, den 24. Oktober:

Stadt. Bühnen, Casino: „Die Dubarry“, 20 Uhr. Lichtspiele, Casino: „Unsterbliche Melodien“; Friedrichsbau: „Das unheimliche Lied“; Harmonie: „Paganini“; Union: „Gebrandmarkt“.

Freitag, den 25. Oktober:

Stadt. Bühnen, Casino: „Monika“, 20.00 Uhr; Kammertheater: „Des Teufels General“, 19.30 Uhr. Universität: Vortrag Professor Dr. Wilken: Was fordern heute die Tatsachen des sozialen Lebens von den Menschen?

Lichtspiele, Casino: „Farsides der Damen“; Friedrichsbau: „Wintermelodien“; Harmonie: „Paganini“ (Zweite Woche); Union: „Ein Mann auf Abwegen“.

Täglich:

Augustinermuseum: Richard Engelmann; Paulussaal: Georges Braque.

Aus dem Polizeibericht

Aus zwei parkenden Kraftwagen verschwanden durch Diebstahl ein Handkoffer, gefüllte Weinflaschen, ein Schlafanzug, zwei Aktentaschen und ein Paket mit Lebensmitteln. — Eine 49 Jahre alte Sekretärin in der Konradstraße wurde nach vorausgegangenem Wortwechsel mit Hausbewohnern von zwei Männern schwer mißhandelt. Der eine würgte sie heftig, der andere verabreichte ihr Fußtritte. — In der Goethestraße stürzte sich eine 36jährige Frau aus dem dritten Stockwerk eines Hauses. Vor dem Sturz hatte sie beide Pulsadern geöffnet. Die Lebensmüde erlitt eine lebensgefährliche Wirbelsäulenquetschung. — Einer Frau wurde am 23. Okt. in einem vielbesuchten Geschäftslokal der Altstadt der Barbetrag von 500 DM gestohlen. Die Bestohlene trug das Geld in einer über die Schulter getragenen Umhängetasche. — Liebhaber von Rauchwaren verübten in der Nacht vom 22. auf 23. Oktober Einbrüche in zwei Zigarrengeschäfte in der Umgebung des Schwabentors. Die Einbrecher stahlen erhebliche Mengen an Zigaretten.

Parteinachrichten

Häusern. Am vergangenen Sonntag sprach hier in einer gutbesuchten Wahlversammlung der Demokratischen Partei, die von dem 1. Vorsitzenden, Herrn Gottlieb Böbler, geleitet wurde, Kreisgeschäftsführer Leimenstoll, Lehr. Als junger Mensch, führte der Redner aus, liege es ihm natürlich immer am nächsten, die Probleme seiner Generation in den Vordergrund seiner Ausführungen zu stellen. Aus der Erkenntnis heraus, daß Jugend und Alter nicht Gegensätze, sondern Ergänzung sind, müsse ein neuer und besserer Weg in unsere gemeinsame Zukunft gefunden werden. Er behandelte die derzeitige politische und wirtschaftliche Lage, wandte sich gegen den Koronismus und betonte, daß die CDU ihre Vormachtstellung in Südbaden mißbraucht habe. Das Parteibuchbeamtentum müsse abgeschafft und der kostspielige Verwaltungsapparat reduziert werden. Zur Frage des Zusammenschlusses Württemberg-Baden sprach sich der Redner für eine Vereinigung der beiden Länder aus und verurteilte die kurzsichtige Politik des südbadischen Staatspräsidenten. Abschließend wandte er sich in einem Aufruf an unsere Frauen, sich der politischen Mitarbeit nicht zu entziehen, denn die Frau trage die gleiche politische Verantwortung wie der Mann. Im Anschluß an die Ausführungen des Redners, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, fand eine rege und fruchtbringende Diskussion statt, in deren Verlauf Fragen der Landwirtschaft und die Frage der Beteiligung der Jugend an der Politik behandelt wurden.

Röttenbach. In einer Wahlversammlung der Demokratischen Partei sprach Kreisgeschäftsführer Leimenstoll, Lehr. In seinem ausgezeichneten Referat behandelte der Redner sämtliche politischen und wirtschaftlichen Fragen und sprach über die Bedeutung der Gemeinde- und Kreiswahlen. Seine Ausführungen fanden große Zustimmung.

Hechts Bauer Gäbele und F. Köblers Peter. Fr. W. Lohar.

Klavier-Abend von Manoff

Die Freiburger Pianistin Lilly von Manoff gab ihren Klavier-Abend anlässlich ihrer 40jährigen konzert- und klavierpädagogischen Tätigkeit. Der künstlerisch Gesamteindruck hätte noch gewonnen durch ein weniger bunt zusammengewürfeltes Programm und durch die Wahl einer größeren Anzahl inhaltlich bedeutender Kompositionen. So aber stand drei vollgültigen Werken: der — stilistisch ganz aus dem Rahmen fallenden — D-dur-Sonate von Galuppi, dem Präludium mit Fuge und Choral von Mendelssohn und dem Chopinschen Scherzo, op. 39, eine Reihe von Stücken mehr oder weniger belangloser Epigonen-Musik gegenüber; zu diesen muß auch die h-moll-Sonate des jungen Richard Strauß gerechnet werden, deren Mendelssohn-Schumann-Brahms-Epigonatum in keinem Takt auf den späteren Schöpfer des „Til Eulenspiegel“ oder der „Salome“ hindeutet, und das auch durch das bedeutende pianistische Können, das L. v. Manoff für dieses Opus einsetzte, kaum erträglicher gemacht werden konnte. Fr. W. L.

Nicht wählen? Verrat an der eigenen Zukunft!

DER SPORTBERICHT

Fußball

Aus König Fußball Weltreich . . .

Der Länderkampf zwischen Schottland und Wales im Cardiff-Stadion den Schotten einen 2:1-Sieg. — Im westdeutschen Meisterschaftsfußball geht es einige Großkämpfe, die für die Tabellenführung entscheidend waren. In Italien gewann Meister FC Turin vor 35 000 Zuschauern gegen seinen Lokalrivalen Juventus mit 2:1, wobei Mazzola das Siegestor schoss. FC Turin unza Juventus führen jetzt mit 12 P. in der Spitze. In Österreich war die in großer Form befindliche Austria gegen den Meister Rapid 2:1 siegreich, so daß sie weiterhin allein mit 13 P. vorne liegt. In der Schweiz behält Lausanne durch ein 3:0 beim Neuling Chaux de-Fôndres die Führung mit 12 P. vor Lausanne 9. In England ist nach einer Niederlage von Portsmouth bei Wolverhampton nur noch Derby County unbesiegt. Es führen mit je 22 P. Portsmouth und Derby.

Motorsport

Eine Rangliste 1948 im deutschen Motorsport

Schnell hat sich der Motorsport der Motorer unterzogen, die erfolgreichsten Motorsportler des Jahres 1948 zu küren. Sportwagenmeister Karl Kling-Stuttgart, Solo-Motorradfahrer Georg Meier-München und Bestwagensfahrer Egon Röhrl-Berlin sind es, die die Spitzengruppen besetzen. Die Rangfolge hat folgendes Aussehen:

Wir drehen den Sport-Globus . . .

Millionenangebote für Saarbrücken

Der 1. FC Saarbrücken wollte kürzlich im französischen Mittelmeer-Passagen und es fehlte nicht an vorläufigen Angeboten für die Spieler, ihr Domizil aus dem Saargebiet weg in das Land der Palmen, Zedern und Akazien zu verlegen. Trainer Ossi Müller berichtet hierüber: „In der Hotelhalle in Nizza (nach dem 3:1-Sieg des 1. FC) wurden Millionenangebote schriftlich auf. Ein Direktor des Vereins schickte den Vogel ab, unsere Spieler sollten in Nizza bleiben, auf immer. Die Saarländer lehnten all diese großzügigen Angebote ab, obwohl es ihnen an der herrlichen Côte d'Azur, unter Oliven- und Zitrusbäumen auszuweichen nicht hätte. Sie haben vorerst ein anderes Ziel, nämlich inoffizieller Meister der zweiten französischen Profiliga zu werden.“

Genau Fußballer mit einer Puppe verpaßt

In Italien treibt der Fußball-Enthusiasmus mittlerweile merkwürdige Blüten. In Genoa war die ganze Stadt in Feststimmung, als der FC Genoa im Lokalderby gegen Sampdoria antrat. Die Genueser, die in der Kabine ausgerechnet standen, sollten über die Sampoporter den Sprung an die Tabellen Spitze tun. Aber es kam ganz anders. Genoa verlor 1:2 und seine verärgerten Anhänger warfen vom Wolkenkratzer eine große Puppe mit dem Leihen des FC Genoa bekleidet herab. Unter der Puppe in einer kleinen Kiste lag eine große Puppe in einem kleinen Kasten und von Transmusik begleitet, ging es zum Clubhaus des FC Genoa, wo die Puppe abgesetzt wurde. Ja, wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

„Die Franzosen sind unser Stolz“

So meinte der Vorsitzende des deutschen Leichtathletikverbandes, Max v. Adelson. Er hält Lena Stumpf durchaus in der Lage, den Weltrekord im 100m-Lauf zu reißen, da sie im Lauf heute schon stärker sei, als die alte Rekordhalterin Gisela Mauermayer. Auch der Kassierer Kirchhoff traut v. Adelson eine Rekordverbesserung zu. Neben Stumpf sollen bei der Schlußfeier unserer Leichtathleten unter Fanfarenmarsch Mariens (Kiel) künftig in jedem Land hervortragende ehemalige Spitzensportlerinnen als Lehrkräfte herangezogen werden, u. a. Gisela Mauermayer, Käthe Krauß, Tilly Fischer-Häuser, Ellen Baumüller und Fr. Mollenhauer.

Sie treten sich wie kleine Kinder

Wie sehr sich die Schweden auf ihren Start in Deutschland freuen, zeigt uns der lange blonde Kugelstößer Kjell Nilsson an Bord des Hamburger Hotelstüffes „Sente Deen“ (Nilles Mädchen) erzählte.

Motorräder: 1. Georg Meier (Meister 500 ccm); 2. H. P. Müller (Meister 250 ccm); 3. Kurt Mühlfeld; 4. H. Fischmann; 5. Wilhelm Herz (Meister 250 ccm); 6. Ludwig Kraus.

Sportwagen: 1. Böhm-Bauer (Meister 600 ccm); 2. Müller/Fuchs (Meister 1200 ccm); 3. Klann/Meier; 4. Seppel/Meier; 5. Ziemer/Wels; 6. Neudörfler.

Sportwagen: 1. Karl Kling (Meister 2-l-Klasse); 2. A. V. Falkenhäuser (Meister 1.5-l-Klasse); 3. Georg Meier (Bestwagensmeister); 4. Egon Röhrl; 5. P. M. Müller (1.5-l-Klasse).

Zur Materiefrage wurde in dieser Saison festgestellt, daß das meiste sehr Jahre alte Maschinenmaterial nicht im Jahre 1948 noch allen Bewährungsproben standhält. Als wesentliche Neubescheinungen sind der BMW-Vectra-Sportwagen und die NSU-Kompressormaschine von Herz zu bezeichnen. In 18 Rennen nach der Weltreiseform wurden innerhalb einer halben Million Zuschauer „akkassiert“. Nicht gewohnt alle jene, die als Laugenteile nicht erfaßt werden konnten.

Schwimmen

Deutsche Schwimmer und Wasserflieger vor internationaler Bekämpfung

Auf Anregung des französischen Sportoffiziers der Militärregierung nehmen ausländische Wasserballer die Beziehungen mit deutschen Mannschaften wieder auf. Als erste deutsche Mannschaft werden die Wasserfreunde Hannover 98 am 18. November aus Anlaß eines Abendparties des VfL Konstanz dort gegen den SC Zürich antreten. Es werden dort gegen den SC Zürich antreten.

„Man hätte uns einsperren können . . .“

Man hätte uns dafür einsperren können und wir wären trotzdem nach Deutschland gekommen“, diese Worte des schwedischen Mannschaftskapitäns des MAL Lennart Strandberg, sagen in ihrer Kürze mehr als lange Artikel über die Einstellung der schwedischen Sportler zu ihren „juche kommunist“. Strandberg hatte an dem Zustandekommen der Starts in Hamburg und Bremen überhaupt ein ganz besonderes Verdienst und er sagte uns: „Wir hatten eine Wut, als wir erfuhrten, daß die LAAF den Start deutscher Sportler in Schweden verbietet. Nun denken wir, wenn ihr nicht zu uns kommen könnt, dann kommen eben wir zu euch!“

Gardener auf Rekordjagd

Die von Oberleutnant Gardener (Großbritannien) unternommenen Rekordversuche auf der Autobahn in der Nähe von Genéve waren von Erfolg. Mit seinem kompressorlosen Spezialwagen erreichte er in der Rennwagenklasse mit 2000 ccm Zylinderinhalt folgende neue Weltrekorde: 1 km mit fliegendem Start = 245 km/h, und 8 km mit fliegendem Start 247 km/h.

Aus der Geschichte der Dampfschiffahrt auf dem Bodensee

Dem Engländer Fulton gelang im Jahre 1807 der erste Versuch, ein Schiff durch Dampfkraft im schiffbaren Gewässer fortzubewegen. Es dauerte noch eine Reihe von Jahren, bis in Europa Dampfschiffe sich durchzusetzen vermochten. Auf dem Bodensee erfolgte durch den Schweizer George Bodmer der erste Versuch. Wenngleich der Versuch mißglückte, so verdient doch der strebsame Schweizer eine ehrenvolle Erinnerung. Aus Zürich siedelte Bodmer nach Konstanz über und begann mit dem Bau eines hölzernen Schiffskörpers. Die Baustelle in Konstanz lag an dem Platz, wo heute das einstige Offiziers-

kasino steht. Bodmer hatte in England eine Dampfmaschine bestellt, sie gelangte jedoch nie nach Konstanz. Das erbaute Schiff wurde auf den Namen der damaligen Großherzogin „Stephanie“ getauft. Der Bau des Schiffes hatte die Mittel Bodmers erschöpft, es gelang ihm nicht, die Mittel für den Weiterbau zusammenzubringen und ging, gänzlich ruhmlos, von Konstanz fort. Zum Schaden für seinen Mißerfolg kam noch der Spott, die Volkmeinung nannte das Schiff: „Steh' fahr nie!“

Der Begründer der Dampfschiffahrt auf dem Bodensee und auf den schweizerischen Seen wurde der Konsul der nordamerikan-

Boxen

Titlen Hoffi Amerikareise verfrüht

Die Meldungen über den bevorstehenden Amerikastart des deutschen Schwergewichtmeisters Heintzen Hoff reisen nicht ab. Die englische Zeitung „News Chronicle“ wußte von einer Abreise Hoff ins Reich der höchsten Tugend zu berichten, ein Bericht, der Hoff nicht gelassen ist, den von der nächsten Runde an beiden Augen gezeichneten Kleinholdermann entscheidend zu schlagen. Im Gegenteil entlockten 15 000 Zuschauer in der „Waldöhr“ bei strömendem Regen deutsche Schwimmer bei dem langen Heim. Dessen anfangs mit herauszukommende Linker hatte bei Kleinholdermann sein Rundensieger keine volle Wirkung, die Rechte kam äußerst spärlich und öfter als ihm lieb war, mußte der verdutzte Ten Hoff die Rechte seines Gegners einstecken. Der Punktsieg des Meisters war zwar verdient, aber das Hoffgefühl, das die Berliner anfangs schloß, ließ doch zu denken geben. Eine bessere Deckung und wirksamere Schläge sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Amerikastart des deutschen Meisters.

Unsere kleine Sportfreundschaft

Das Revandestreffen der beiden Endspitzenspieler um die deutsche Fußballmeisterschaft soll auf Vorschlag des FC Kaiserslautern am 18. Dezember in Nürnberg ausgetragen werden. Am 1. November spielt der FC in Karlsruhe gegen den VfB Mühlburg und am 17. November gegen den SV Waldhof.

Internationale Spiele mit deutschen Jugend- und Juniorenmannschaften empfiehlt die deutsche Fußball-Association einzuführen. Ein Antrag in diesem Sinne wurde an die FIFA weitergeleitet.

In der Frankfurter Kreisliga spielt eine Mannschaft britischer Angehöriger der Besatzungsmacht der „British Football Club“. Zu einem FFP-Bericht meinten die Briten: Die deutschen Schiedsrichter spielen hartes, aber faires Spiel mit strengster Regelmäßigkeit. Warum dürfen wir den Torwart nicht angreifen?

Den alten Sportred „Hipp-Hipp-Hurra“ führen Würtemberger Fußballer fast Verbundstabs-Beschluß wieder ein. Dieser Ruf ist seit 88 Jahren international anerkannt.

Gustav Kilian, dem einzigen deutschen Sechsstärker in den USA, wird es hauptsächlich zugeschrieben, daß das New Yorker Rennen mit fast 100 000 Besuchern einen großen Publikumserfolg zu verzeichnen hatte. Leider mußte der mit dem Amerikaner Abt fahrende Kilian wegen eines schweren Sturzes in der vorletzten Nacht aufgeben. Mit Rundevorsprung gewann die Belgier Brunet. Sein vor den Luxemburgern Gillen-Clemens und den Holländern Vooren van Beck.

sehen Freistsaten in Bordeaux, Church. Schon im Jahre 1823 hatte Church ein Dampfboot für die Schweiz gebaut und ihm den Namen „Wilhelm Tell“ gegeben.

Drei Persönlichkeiten am Bodensee waren die treibenden Kräfte, die sich um die Einführung des neuen Verkehrsmittels bemühten: König Wilhelm von Württemberg, der Freiherr von Cotta in Stuttgart und David Macaire in Konstanz. Der württembergische König ergriff selbst die Initiative, Cotta bewarb sich um ein bayerisches Privileg für die Erbauung und den Betrieb mit Dampfbooten. Unterstellt waren alle Unternehmungen dem Direktor der „Dampfschiffahrt“ am Bodensee, Church.

Um der Dampfschiffahrt die Wege zu ebnen, waren zuvor Schwierigkeiten aller Art zu überwinden. Seit Jahrhunderten war die Segelschiffahrt auf dem Bodensee durch Schiffergesellschaften betrieben worden, die sich an den bedeutendsten Orten meist als eigentliche Zünfte gebildet hatten. Es waren in Lindau, Buchhorn (Friedrichshafen) und auch in Ueberlingen die Schifferscheide als Schiffshefen erteilt worden. In den badischen Häfen waren in Ueberlinger See abfahrerechtigt die Schifferschaften der einzelnen Uferplätze. Der älteste dieser Verträge war der Schifferscheide der Städte Lindau, Konstanz, Ueberlingen, Radolfzell und Buchhorn (Friedrichshafen) vom Jahre 1362. Dieser Schifferscheide hatte sich zwar öffentlich aufgelöst, deutete aber in stillschweigender Uebereinkunft weiter und wurde auch auf die schweizerischen Uferorte ausgedehnt. Es ist anzunehmen, daß diese Schwierigkeiten verhinderten, daß die badischen Häfen nicht gleichzeitig mit Friedrichshafen und Lindau ein Dampfboot erhielten. Das für Baden vorgesehene Dampfboot sollte auf Grund des Macaire zu erteilenden Privilegs die Häfen Konstanz, Ueberlingen und Serratingen (Ludwigshafen) in Konkurrenz mit den dortigen Schifferscheiden betreiben.

Es ist interessant, daß die verwitwete Großherzogin Stephanie Macaire die Beteiligung an diesem Unternehmen für sich und ihre Töchter in Aussicht stellte. Macaire zog sich zurück, weil die Konkurrenzverhältnisse mit den Schifferscheiden noch nicht geordnet erschienen. Das erste Dampfboot auf dem Bodensee traf am 5. Dezember 1824 in Konstanz ein. Die Weiterreise ging in den Untertan, wo der Königin Hortense auf dem Schloß Arenenberg im Kanton Thurgau eine Huldigung dargebracht wurde. Nach Schaffhausen kam der Dampfer „Max Joseph“ am 22. April 1825. An diesen Fahrten standen an den Ufern jeweils großen Menschenmengen. Ab 1. April 1825 nahm der Dampfer „Max Joseph“ seine regelmäßigen Fahrten von den badischen Häfen auf. „Max Joseph“ erwies sich auf die Dauer als wenig haltbar und soll, die bescheidenen Betriebsergebnisse zeigten die sich wiederholenden Reparaturen auf. „Max Joseph“ wurde nach kaum 6 Jahren Dienstzeit auf Abbruch verkauft. Auch der Dampfer „Wilhelm“ mußte schon im Jahre 1828 einem völligen Neubau unterzogen werden. Der neue Schiffskörper wurde aus den besten Eichen des Bohenhausers Waldes errichtet. 1832 traf der neue Kessel ein, die Maschine hatte das beste Zeugnis, was aber für das schwere Schiff zu schwach. Wegen seiner Langsamkeit bekam der Dampfer „Wilhelm“ auf seine alten Tage den Spitznamen „Seeschnecke“.

AMTL. BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung über die Befristung von Säumnemaßnahmen gegen Schulden

Beruflich der Dauer der Säumnemaßnahmen gegen Schulden (Art. 17, LVO vom 28. 2. 1947, Amtsblatt S. 68) wird bestimmt:

- Die in Abschnitt A, Ziff. a, b, d, e und Abschnitt C des Art. 17, LVO aufgeführten Säumnemaßnahmen dürfen nicht länger sein als 3 Jahre; die Kammer behält die Möglichkeit, diese Säumnemaßnahmen unter Fanfarenmarsch Mariens (Kiel) künftig in jedem Land hervortragende ehemalige Spitzensportlerinnen als Lehrkräfte herangezogen werden, u. a. Gisela Mauermayer, Käthe Krauß, Tilly Fischer-Häuser, Ellen Baumüller und Fr. Mollenhauer.
- Am Ende der so festgesetzten Frist (bzw. nach 3 Jahren, wenn diese solche nicht festgesetzt wurde) können die Betroffenen beantragen: a) ihre Wiederzulassung zur früheren Beschäftigung oder zur früheren Stellung; b) die Wiedererlangung ihrer Rechte auf Pension oder Unterweisung, Konzessionen und Privilegien und das Recht, ein Kraftfahrzeug zu halten; c) die Aufhebung der Wohnraum- und Aufenthaltsbeschränkungen.
- Die von der Spruchkammer festgesetzte Frist beginnt am Tage der Amtsblattveröffentlichung. Die Spruchkammer kann jedoch bestimmen, daß die Frist während der die Betroffenen infolge einer früheren Säumnemaßnahme oder einer Unterbrechung ihre Berufstätigkeit nicht ausüben konnten, auf diese Frist angerechnet wird.
- Die pol. Rechte des Abschnitts A, Ziff. e des Art. 17, LVO, bleiben auf jeden Fall dauernd entzogen. (2-421) Badisches Staatskommissariat für politische Säuberung, gez.: Dr. Müller

Öffentliche Erinnerung

Zur Vermeidung kostenpflichtiger Einziehung sind zu zahlen:

am 3. Nov. 1948:

- Lohnsteuer für Oktober bzw. Lohnabrechnungswoche, einacht. Kirchenlohnsteuer (5% der Lohnsteuer); unter Abgabe der Anmeldung.
- Umsatzsteuer für Oktober nach Maßgabe der gleichzeitig abzugebenden Vorauszahlung.
- Einkommen- u. Körperschaftsteuer-Abschlagszahlung in Höhe von einem Drittel der Vorauszahlung, die sich für den Zeitraum vom 1. 8. bis 31. 10. 1948 errechnet.
- Vermögenssteuer für das II. Halbjahr 1948 nach besonderer Anforderung.
- Gewerbesteuer-Vorauszahlung für das 4. Kalendervierteljahr 1948; Tilgungsraten auf Eherstandverleihen;
- Beförderungssteuer für den Personen- und Güterverkehr;
- Wechselsteuer und Büromensursteuer für Oktober unter Abgabe der Anmeldung.

Zu den in den Steuerbescheiden bezeichneten Fälligkeitsterminen:

- Abschlagszahlung auf die Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer 1948 und 1949.

Bei nicht rechtzeitiger Zahlung ist ein Säumniszuschlag von 5% des Rückstandes verwirkt.

Die Finanzämter: Freiburg, Emmendingen, Lahr, Löffelz, Mühlheim, Neustadt, Schopfheim und Wolfach.

Frau Anna Schuler, Lebensmittellieferant, Mühlheim, Sch-Königs-Str. 2, hat den Antrag auf Genehmigung zum Verkauf von Fleischbrot gestellt. — Das Gesuch wird öffentlich bekanntgemacht. Einsprüche hiergegen werden innerhalb 8 Tagen mündlich oder schriftlich hier kundgemacht werden. (2-421) Villingen, den 22. Oktober 1948. Der Bürgermeister



Freiburg i. Br.

Wie früher:
Die größte Auswahl,
die freundliche Bedienung!

Jetzt in Großauswahl:
Wintermäntel
95,- - 195,-

Täglich geöffnet 8.30-12.30 u. 14-16 Uhr
Samstags durchgehend 9-16 Uhr

Demokratische Partei

Kreisverein Neustadt 2-417

Öffentl. Versammlungen

Samstag, 30. Okt., 20.00 Uhr, **Salg, „Ochsen“**
Sonntag, 31. Okt., 10.30 Uhr, **Menzenschwand, „Linde“**
" " " 15.30 Uhr, **Schluchsee, Kest, Schwirz**
" " " 20.00 Uhr, **Grafenhausen, „Kranz“**

Es spricht Bürgermeister **STAHL, Titisee**

Bekanntmachung über die Wirkung von anderslautenden Säumnemaßnahmen bei automatischen Entlassungen auf Grund der Anweisung an alle deutschen Regierungsbehörden

Entlassungen, die auf Grund der „Anweisung“ an alle deutschen Regierungsbehörden (Gesetzl. Oef. Nr. 3, vom 11. 8. 1947) in Anwendung der automatischen Maßnahmen des SNAEF vorgenommen wurden, gelten durch anderslautende Entscheidungen der zuständigen Säuberungsorgane als aufgehoben.

Personen, die unter diesen Umständen entlassen oder aus dem Dienst geschieden und noch nicht geklärt worden sind, können erst nach erfolgter Säuberung Anspruch auf Wiederbeschäftigung haben.

Freiburg i. Br., den 22. 10. 1948.
Badisches Staatskommissariat für politische Säuberung, gez.: Dr. Müller



Lastwagen und Trambusse Wanderer- und DKW-Ersatzteile sind wieder lieferbar

Franz Wroblewski
Automobile, Offenburg/Bd.
Telefon 1414

Spezial-Reparaturwerkstätten
für Auto-Union PKW am Bahnhof
BUSSING NAG LKW Freiburg-Landstr. 1.
Großhandstellen, Dieselabgabestelle An- und Verkauf geb. Wagen.

STELLENANGEBOTE

Bezirksvertretungen an Damen u. Herren zu vergeben (Privatnachsicht), Paarme- und Neuchâtel-Vertrieb Sepp Moser, Hohenentgen (Oberrh.), Tel. Grieden 307. (2-421)

AN. UND VERKAUFE

Ein gut erhaltenes Klavier mit Patenpatente zu verkaufen. Zu erf. unt. Nr. 2-68 in der Geschäftsstelle „Das Neue Baden“.

Spezialmaschinenhandlung benötigt lang- od. kurzfristiges Darlehen (evtl. streng betriebl.) in Höhe v. DM 2-10 000,- bei guter Verzinsung u. Sicherh. Off. an A. 188 Werbebüro Dr. Schwarz, Freiburg i. Br., Zähringerstr. 27a. (2-420)

VERANSTALTUNGEN

HARMONIE

Lichtspiele Freiburg i. Br.

Das Tagesspiel „Freiburg“ — Spielzeit 2. Woche verlängert! — Stewart Granger, der Publikumsliebling Englands, in dem Welterfolg **PAGANINI**

Spannende Episoden aus dem Leben des „Frustrationsgänger“ — Ein 5-Akter-Rank-Film der Gainsborough-Produktion in deutscher Sprache.

Tagl. 14.30, 16.30, 18.45 und 21.00 Uhr. Sonntag auch vpmittags 15.00 Uhr. Sichern Sie sich Plätze im Vorverkauf tagl. von 10-12 Uhr. (2-424)

UNION THEATER

Freiburg i. Br.

Ab Freitag, den 29. 10. 1948 Hans Albert in seinem genialen Filmrolf **Ein Mann auf Abwegen**

Das Doppelleben eines Millionärs nach dem Roman „Ferry auf Abwegen“ von Hans Thomas mit Hilde Wölfer, Hilde Sessak, Werner Fuesterer, Gustav Waldau, Charlotte Thiele. Jugendfrei ab 14 Jahren!

Neue Anfahrtszeiten: 14.30, 16.30, 18.45 u. 21.00 Uhr. Vorverkauf tagl. ab 11 Uhr. (2-425)